

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

WESTBERLINER KOMMUNIST

Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westberlins

April 1990

Gegen die Provokationen des westdeutschen Revanchismus:

DIE ODER-NEISSE-GRENZE

IST UNANTASTBAR!

Seit dem 9. November 1989 haben die westdeutschen Imperialisten wieder verstärkt ihre Ansprüche auf "Deutschland in den Grenzen von 1937" angemeldet. In der hochgeputzten Atmosphäre des allgemeinen deutschnationalen Taumels wollen die Nachfolger eben jenes "Großdeutschen Reichs" bereits heute offen demonstrieren, daß ihr revanchistischer Appetit mit der Einverleibung der DDR keineswegs gestillt ist. Es soll politisch und ideologisch der Boden für weitere, darüber hinausgehende Schritte bereitet werden, wobei der Blick mit besonderer Gier auf Polen und die sog. "deutschen Ostgebiete" gerichtet wird.

Polen war 1939 eines der ersten Opfer des deutschen Faschismus. Dem Vernichtungsfeldzug der Nazi-Armee fiel jeder vierte Pole zum Opfer. Nach der Niederschlagung des deutschen Imperialismus 1945 fanden deshalb die Sicherheitsinteressen Polens innerhalb der von den Staaten der Anti-Hitlerkoalition gegenüber Deutschland durchgeführten Maßnahmen besondere Berücksichtigung. Im Potsdamer Abkommen wurde die Oder-Neiße-Linie als Westgrenze Polens festgesetzt. Dies war auch die beste Möglichkeit, der in den vormals dem deutschen Reich zugehörigen Gebieten lebenden polnischen Bevölkerung, die während des Krieges zum großen Teil vertrieben worden war, den erforderlichen Schutz zu gewährleisten. Zu diesem Zweck war es ferner notwendig und gerechtfertigt, die deutsche Bevölkerung, die weitgehend faschistisch eingestellt war und den faschistischen Verbrechen gegenüber dem polnischen Volk nichts entgegengesetzt bzw. diese unterstützt hatte, soweit erforderlich, in die Besatzungszonen der vier alliierten Mächte überzuführen.

Die westdeutschen Imperialisten möchten diese historischen Wahrheiten aus dem Gedächtnis tilgen und unbehelligt aus dem "Schatten der braunen Vergangenheit" heraustreten. Sie sehen ihre Chance gekommen, die letzten jener Hindernisse beiseite zu räumen, die vor allem durch die damals sozialistische Sowjetunion und den antifaschistischen Kampf der Völker nach dem Zweiten Weltkrieg einem neuerlichen Wiedererstarken des deutschen Imperialismus in den Weg gelegt wurden.

Nein zum "Großdeutschen Reich"!

Eine dreiste Provokation folgte in den letzten Wochen der anderen. Zunächst ließen die westdeutschen Imperialisten durch Kanzler Kohl nicht von ungefähr beim Staatsbesuch in Washington verkünden, in der Frage der polnischen Grenzen

Die ungebrochene Tradition



zerschlagen!

gäbe es keinen "Handlungsbedarf". Mehr noch, der westdeutsche Regierungschef ließ alle Fragen nach verbindlichen Garantien für die Oder-Neiße-Grenze demonstrativ unbeantwortet. Sollte man den Worten imperialistischer Politiker tunlichst keinen Glauben schenken, so ist in der Regel mehr Verlaß auf das, was nicht gesagt wird:

Die "Wiederherstellung des Großdeutschen Reiches", insbesondere die Annexion der nach dem Zweiten Weltkrieg Polen zugesprochenen Gebiete war für die westdeutschen Imperialisten nie von der Tagesordnung gestrichen und ist es heute erst recht nicht. Daran wird sich auch durch vage Absichtserklärungen zur Beruhigung der Öffentlichkeit oder irgendwelche Pseudogarantien nichts ändern. Der

Die Demagogie mit den sogenannten "Ostverträgen"

Der Hinweis auf die "Ostverträge" von 1970 ist eine besondere demagogische Variante, mit der die westdeutschen Imperialisten ihre angebliche Friedfertigkeit unter Beweis stellen wollen. Diese Verträge haben keineswegs das Ende des Revanchismus eingeläutet, sondern diesen nur vorübergehend überspielt, wie heute immer offenkundiger wird. Doch bereits unmittelbar nach Abschluß der Verträge ließ die damalige SPD/FDP-Regierung keinen Zweifel daran, daß an einen Verzicht auf die revanchistischen Ambitionen des westdeutschen Imperialismus gar nicht gedacht war:

"Der Vertrag (mit der "Volksrepublik Polen", AdV) bedeutet also nicht die Festigung des status quo ... Er greift ins besondere einer umfassenden Regelung der europäischen und deutschen Fragen nicht vor ..." (Presse- und Informationsbulletin, 14. August 1970).

Von beklemmender Aktualität ist der Kommentar des seinerzeitigen Außenminister Scheel:

"Ein wiedervereinigtes Deutschland kann also durch den Vertrag nicht gebunden werden." ("Die Verträge mit Moskau und Warschau", Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, S. 207)

Der westdeutsche Imperialismus hat sich alle Wege offen gehalten!

Revanchismus des westdeutschen Imperialismus beruht nicht in erster Linie auf dem Wirken von "Heimatvertriebenenverbänden" und der Existenz ergrauter Nazis in allen Bereichen der Gesellschaft, obwohl auch diese eine wichtige Rolle spielen. Das Streben nach Revision der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges, das nicht nur "nach Osten" gerichtet ist, sondern umfassende Zielsetzungen hat, erklärt sich vielmehr aus der ganzen bluttriefenden Geschichte des deutschen Imperialismus, die seine Nachfolger auf der Basis wiedergewonnener Stärke heute fortsetzen.

Eine dieser typischen Pseudogarantien, mit denen die westdeutschen Imperialisten hantieren, sind die "Warschauer Verträge". Denn sie enthalten gerade keine völkerrechtlich verbindliche Anerkennung der auf gerechterantifaschistischer Grundlage nach dem Zweiten Weltkrieg festgelegten Grenzen Polens. Diese "Rechtsauffassung" des westdeutschen Imperialismus ist ebenso ungebrochen wie seine faschistischen Traditionen und wurde von allen seinen Parteien und Regierungen, von Bundestag und Verfassungsgericht immer wieder bekräftigt. Auch im Grundgesetz hat der revanchistische Geist gegenüber Polen seinen Niederschlag gefunden; so fordert dessen Präambel das "gesamte deutsche Volk" auf, "die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden", und "Deutsche im Sinne dieses Grundgesetzes" sind alle, die "im Gebiet des deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden" (Art. 116) haben.

Der anschließende Vorstoß war noch ungeheuerlicher. Der Bonner Regierungschef erklärte sich bereit, den Bundestag eine Erklärung zur "Grenzfrage" abgeben zu lassen, wenn Polen ein für allemal auf Reparationsleistungen sowie Entschädigungszahlungen für die vom Hitlerfaschismus verschleppten polnischen Zwangsarbeiter verzichte. Hier hat die verlogene Stammtischparole "Daß endlich Schluß sein müsse mit der Plünderung deutscher Kassen" ihre regierungsamtliche Form gefunden. Die Wahrheit ist, daß die über zwei Millionen von den deutschen Faschisten ausgepreßten, vielfach zu Tode geschundenen Zwangsarbeiter aus Polen erst sehr spät und nur wenige von ihnen kümmerlichste

"Entschädigungen" erhielten. Diese nach wie vor nicht erfüllten berechtigten Ansprüche vom Tisch wischen zu wollen, kommt einer nachträglichen Rechtfertigung der faschistischen Verbrechen gleich. Nicht anders verhält es sich mit der Frage der Reparationen gegenüber Polen, die die westdeutschen Imperialisten ebenfalls endgültig erledigen wollen. In der damaligen historischen Situation, als auf der jungen DDR ein immenser politischer und wirtschaftlicher Druck seitens des wiedererstarkenden westdeutschen Imperialismus lastete, verzichtete die Sowjetunion gemeinsam mit Polen auf weitere Reparationsleistungen der DDR. Die aus der sowjetischen Besatzungszone hervorgegangene DDR hatte die Wiedergutmachungszahlungen an diese Länder entsprechend dem Potsdamer Abkommen hauptsächlich zu erbringen. Diese Entscheidung vom 24.8.1953 konnte aber nichts ändern daran, daß für das

Der sogenannte "Friedensvertragsvorbehalt"

Die westdeutschen Imperialisten versuchen bei der Verfolgung ihrer revanchistischen Ansprüche gegenüber Polen den Umstand auszunutzen, daß es ihnen nach dem Zweiten Weltkrieg gelungen ist, den Abschluß eines Friedensvertrages zu sabotieren. So behaupten sie, daß eine endgültige Festlegung der "Oder-Neiße-Linie" als Westgrenze Polens bisher nicht erfolgt sei und Regelungen über diese Frage erst in einem Friedensvertrag getroffen werden könnten. Diese Auffassung, so der Gipfel der Demagogie, befände sich gar im Einklang mit den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens. Dort heißt es:

"Bezüglich der Westgrenze Polens wurde folgendes Abkommen erzielt: In Übereinstimmung mit dem bei der Krim-Konferenz erzielten Abkommen haben die Häupter der drei Regierungen die Meinung der Polnischen Provisorischen Regierung der Nationalen Einheit hinsichtlich des Territorium im Norden und Westen geprüft, das Polen erhalten soll. ... die Häupter der drei Regierungen bekräftigen ihre Auffassung, daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zu der Friedenskonferenz zurückgestellt werden soll. Die Häupter der drei Regierungen stimmen darin überein, daß bis zur endgültigen Festlegung der Westgrenze Polens die früher deutschen Gebiete östlich der Linie, die von der Ostsee unmittelbar westlich von Swinemünde und von dort die Oder entlang bis zur Einmündung der westlichen Neiße und die westliche Neiße entlang bis zur tschechoslowakischen Grenze verläuft, einschließlich des Teiles Ostpreußens, der nicht unter die Verwaltung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Übereinstimmung mit den auf dieser Konferenz erzielten Vereinbarungen gestellt wird, und einschließlich des Gebietes der früheren Freien Stadt Danzig, unter die Verwaltung des polnischen Staates kommen und in dieser Hinsicht nicht als Teil der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland betrachtet werden sollen." (Potsdamer Abkommen Punkt IX)

Das Potsdamer Abkommen hat also, in Übereinstimmung mit den früheren Abkommen der Anti-Hitler-Koalition, die Westgrenze Polens eindeutig festgelegt. Eine "endgültige Festlegung" - im Sinne der völkerrechtlich verbindlichen Anerkennung von deutscher Seite - konnte zum damaligen Zeitpunkt schon allein aus dem Grund nicht vorgenommen werden, weil Deutschland als Staat nicht existierte, sondern in Besatzungszonen aufgeteilt war. Diese Festlegung sollte nach der im Potsdamer Abkommen vorgesehenen Schaffung eines demokratischen Deutschland durch eine Friedenskonferenz, bzw. einen Friedensvertrag erfolgen. Die Berufung auf einen "Friedensvertragsvorbehalt" ist also ein demagogischer Trick, da der Verlauf der polnischen Westgrenze nicht in Frage stand. Es ging allein darum, diese auch völkerrechtlich verbindlich durch zwischenstaatliche Verträge anzuerkennen. Diese Anerkennung verweigert die Bundesrepublik, der Staat der westdeutschen Imperialisten, bis heute.

besiegte Deutschland weiterhin die Verpflichtung bestand und weiter besteht, "in größtmöglichem Ausmaß für die Verluste und die Leiden, die es den Vereinten Nationen verursacht hat, und wofür das deutsche Volk seiner Verantwortung nicht entgehen kann. Ausgleich zu schaffen" (Potsdamer Abkommen, Punkt IV). Die unermesslichen Schäden und Verwüstungen, die die deutsche Wehrmacht insbesondere während ihres Vernichtungskrieges im Osten anrichtete, sind bis heute nur zum weitaus kleineren Teil materiell ersetzt. Das Schacherangebot der westdeutschen Imperialisten, für eine Freistellung von allen Zahlungen eine trügerische "Garantieerklärung" für die Grenzen Polens abzugeben, ist eine doppelte Infamie!

Doch damit nicht genug. Nach diesem provokatorischen Vorstoß meldeten sich führende SPD- und FDP-Politiker einschließlich des wendigen Demagogen Genscher bezeichnenderweise mit der "Kritik" zu Wort, jetzt die Frage der Reparationen bzw. der Entschädigungszahlungen an Polen aufzuwerfen, sei "ungeschickt" und dafür "nicht der richtige Zeitpunkt" gewählt. Aus den gleichen Gründen sei es besser, eine Diskussion über die polnische Westgrenze hintanzustellen, um "den Prozeß der Einheit" nicht zu gefährden" - sprich die Einverleibung der DDR möglichst reibungslos über die Bühne zu bringen. Volle Einigkeit herrscht zwischen den Parteien des westdeutschen Imperialismus darüber, daß die Grenzen Polens offen sind und die Ansprüche der Opfer des Faschismus kaltschnäuzig ignoriert werden können. Der Streit geht im wesentlichen darum, wie laut dieses hinausposaunt werden soll - entsprechend der unterschiedlichen Rolle, die diese Parteien hinsichtlich der Bindung verschiedener Bevölkerungsteile an imperialistische Politik für das westdeutsche Finanzkapital haben. Das Ergebnis des ganzen hochgespielten Schmierentheaters war die von allen Fraktionen von Schwarz bis Grün mitgetragene Entschließung des Bonner Bundestages vom 6.3.1990, in der Kernpunkte des westdeutschen Revanchismus bekräftigt wurden:

Vertrieb für internationale Literatur

Brunhildstr. 5, 1000 Westberlin 62
Öffnungszeiten: Sa 10-14 Uhr

Es wird lediglich vom "Recht des polnischen Volkes, in sicheren Grenzen zu leben" gesprochen, das "weder jetzt noch in Zukunft durch Gebietsansprüche in Frage gestellt" würde. Offensichtlich behalten sich die westdeutschen Imperialisten vor, darüber zu befinden, welche Grenzen überhaupt gemeint sind, denn von der Oder-Neiße-Grenze geschweige denn ihrer endgültigen völkerrechtlich verbindlichen Anerkennung ist mit keinem Wort die Rede. Mit der illusionsträchtigen Formel, es bestünden "keine Gebietsansprüche" gegenüber Polen, ist keineswegs ausgeschlossen, die Einverleibung polnischer Territorien auf kaltem Wege durch Druck und Erpressung durchzusetzen. Ganz abgesehen davon, daß solche Phrasen im Ernstfall für die westdeutschen Imperialisten genauso wenig Bedeutung haben wie für ihre faschistischen Vorgänger.

Mit der bekannten Formel von der "Aussöhnung zwischen beiden Völkern" werden Täter und Opfer einander gleichgesetzt. Diese steht in einer Linie mit der jüngsten Auslassung Kohls, "zur ganzen Wahrheit" gehöre auch, "daß dann mit dem Kriegsende unschuldigen Deutschen bei Flucht und Vertreibung Schreckliches zugefügt wurde" (Welt-Interview vom 30.3.1990). Der faschistische Überfall auf Polen, die Verbrechen von Auschwitz, Sobibor, Treblinka, Majdanek sollen aufgerechnet und getilgt werden durch die angeblichen "Vertreibungsverbrechen" der "anderen

Seite" - jene historische Lüge, die besonderem Haß verbreitet wird, weil sie die berechtigten Schutz- und Vergeltungsmaßnahmen nach der Niederschlagung des Faschismus denunzieren soll. Reparationen und Entschädigungszahlungen gegenüber Polen sind ganz in diesem Sinne für die Damen und Herren Abgeordneten kein Thema mehr. So maßen sich die Nachfolger der Täter heute an, die Verbrechen des Hitlerfaschismus als historisch erledigt hinzustellen und verlangen das auch noch von dessen Opfern.

Nichts wäre falscher, in diesem Fetzen Papier irgendeine Abkehr von der revanchistischen Zielsetzung der Wiederherstellung Deutschlands in den Grenzen von 1937 oder überhaupt irgendein Zeichen von Friedfertigkeit sehen zu wollen.

Es zeigte sich auch, wie sehr die westdeutschen Imperialisten davon profitieren, daß im ehemals volksdemokratischen Polen längst eine neue Ausbeuterklasse an die Macht gekommen ist, die früher von den Gefolgsleuten Chruschtschows repräsentiert wurde und nun zusehends von offen bürgerlich-reaktionären Kräften vertreten wird. Nach der Bundestagserklärung zeigte die polnische Regierung "Erleichterung", wie sie schon im ganzen Verlauf der Auseinandersetzung bestrebt war, diese herunterzuspielen. Wenn die neue Bourgeoisie Polens Grenzgarantien fordert, so geschieht dies in erster Linie deswegen, weil sie ihre Herrschaft aufrechterhalten will. Wegen dieses beschränkten Klasseninteresses wird sie auch bereit sein, unter Druck oder für Versprechungen die staatliche Souveränität Polens zu verraten. Von dieser nach neuen DM-Krediten und Unterstützung für ihre Ausbeuterherrschaft schielenden Clique hat das polnische Volk nichts im Kampf gegen den westdeutschen Imperialismus zu erwarten.

Polen - ein Prüfstein!

Der westdeutsche Imperialismus fühlt sich stark genug, an die Beseitigung der gerechten Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges zu gehen. Er ist heute wieder eine aggressive kriegstreiberische Großmacht. Fünfzig Jahre nach dem Überfall des Hitlerfaschismus auf Polen steht heute das polnische Volk wieder im Visier der räuberischen Ambitionen seiner Nachfolger, der westdeutschen Imperialisten, und ist von ihrem Streben nach Revanche für die Niederlage des deutschen Imperialismus akut bedroht. Die zunehmenden offenen Attacken gegen die polnische Westgrenze sind Zeichen der wachsenden Kriegsgefahr, denn wie die Geschichte gezeigt hat, sind die deutschen Imperialisten durch ihre "Erfolge" stets noch gefräßiger und aggressiver geworden. Die Verteidigung der Grenzen Polens, der Kampf gegen jeden Versuch, ihre Berechtigung und ihre historische Endgültigkeit in Zweifel zu ziehen, ist daher eine unbedingte proletarisch-internationalistische Verpflichtung, ebenso wie die vorbehaltlose Anerkennung der bestehenden Ansprüche des polnischen Volkes auf Entschädigung für die Verbrechen des deutschen Faschismus. Es sind dies Prüfsteine für die Ehrlichkeit und Konsequenz des Kampfes gegen die "eigene" imperialistische Bourgeoisie und ihre Kriegsvorbereitungen gegen andere Völker.

**TOD DEM
WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS.
MILITARISMUS UND
REVANCHISMUS!**